

# 2021 / 2022

- Bestell- und Ausleihhistorie in der Universitätsbibliothek
- Keine Diagnosenachweise mehr bei krankheitsbedingter Verlängerung der Abgabefrist
- Zugang zur Nutzung des Career & International Centers für Studierende aller Fakultäten
- Unterstützung TV-Stud

# Bestell- und Ausleihhistorie in der Universitätsbibliothek

## Allgemeine Daten

- Beschlossen am: 18.11.2021
- Antragsteller: RCDS
- Status: Abgesendet
- Versandt am: 27.11.2021
- Empfänger:
  - [bueroleitung.praesident@uni-bamberg.de](mailto:bueroleitung.praesident@uni-bamberg.de)
  - [vp.lehre@uni-bamberg.de](mailto:vp.lehre@uni-bamberg.de)
  - [fabian.franke@uni-bamberg.de](mailto:fabian.franke@uni-bamberg.de)
  - [sabine.wagner@uni-bamberg.de](mailto:sabine.wagner@uni-bamberg.de)
- Verantwortlichkeit:

## Antrag

### Antragstext

Das Studierendenparlament der *Otto-Friedrich-Universität Bamberg* fordert die Universitätsleitung sowie die verantwortlichen Personen in den Strukturen der Universitätsbibliothek dazu auf, den Bamberger Katalog hinsichtlich seiner Funktionalität so zu erweitern, dass eine Übersicht über sämtliche in der Vergangenheit bestellte und bereits wieder zurückgegebene Bücher einsehbar ist.

### Begründung

Verlauf

# Keine Diagnosenachweise mehr bei krankheitsbedingter Verlängerung der Abgabefrist

## Allgemeine Daten

- Beschlossen am: 18.11.2021
- Antragsteller: Liste AStA-Forum/SDS, Bamberger Grün-Linke Studierendeninitiative, Juso Hochschulgruppe Bamberg
- Status: Abgesendet
- Versandt am: 27.11.2021
- Empfänger:
  - [bueroleitung.praesident@uni-bamberg.de](mailto:bueroleitung.praesident@uni-bamberg.de)
  - [vp.lehre@uni-bamberg.de](mailto:vp.lehre@uni-bamberg.de)
- Verantwortlichkeit:

## Antrag

## Antragstext

Das Studierendenparlament fordert, dass Student:innen, unabhängig von der Art der Prüfung und unabhängig vom Studiengang, das Recht haben sollen, eine Verlängerung der Abgabefrist auch

ohne Nachweis der Diagnose oder Nennung der Symptome zu bekommen. Ein ärztliches Attest soll auch ohne Nennung der Diagnose(n) oder der Symptome für eine Fristverlängerung genügen. Da einige Prüfungsausschüsse bisher auch Diagnosengefordert haben, wenn Student:innen eine Fristverlängerung beantragt haben, soll die Unileitung die Verantwortlichen der jeweiligen Prüfungsausschüsse explizit darauf hinweisen dies künftig zu unterlassen und auch die Verantwortlichen der anderen, unbeteiligten Prüfungsausschüsse darauf hinweisen, keine Diagnosen oder Symptome bei Fristverlängerungsanträgen zu fordern.

Die Universität soll hierfür den notwendigen rechtlichen Rahmen schaffen.

## Begründung

Bisher haben einige Prüfungsausschüsse der Studiengänge bei einer Verschiebung der Frist einer wichtigen Abgabe, neben dem ärztlichen Attest, alle Diagnosen eingefordert, die bei dem Antrag auf Fristverlängerung eine Rolle gespielt haben. Die juristische Rechtmäßigkeit dessen ist fragwürdig, da es sich bei den Diagnosen um sensible Daten handelt, die lediglich Patient:in und Ärzt:in etwas angehen. Gerade auch hinsichtlich des Datenschutzes haben wir hier bedenken. Medizinische Daten dürfen nur mit ausdrücklicher Einwilligung der Patient:innen weitergegeben werden – durch die Prüfungsausschüsse werden Student:innen aber quasi dazu gezwungen, die Diagnosen preiszugeben.

Ein ärztliches Attest oder im Zweifelsfall ein amtsärztliches Attest sind ausreichend, um eine Fristverlängerung zu begründen.

## Verlauf

# Zugang zur Nutzung des Career & International Centers für Studierende aller Fakultäten

## Allgemeine Daten

- Beschlossen am: 16.12.2021
- Antragsteller: RCDS
- Status: Abgesendet
- Versandt am: 22.01.2022
- Empfänger:
  - [bueroleitung.praesident@uni-bamberg.de](mailto:bueroleitung.praesident@uni-bamberg.de)
  - [vp.lehre@uni-bamberg.de](mailto:vp.lehre@uni-bamberg.de)
- Verantwortlichkeit:

## Antrag

## Antragstext

Das Studierendenparlament der *Otto-Friedrich-Universität* Bamberg fordert die Universitätsleitung und insbesondere die Fakultäten Geistes- und Kulturwissenschaften (GuK), Humanwissenschaften (Huwi) und Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Sowi) auf, für Studierende ein vergleichbares Angebot zu den Leistungen des *Career & International* Centers der Fakultät Wirtschaftsinformatik und Angewandte Informatik (WIAI) zu schaffen oder sich an diesem zu beteiligen. Hierbei ist insbesondere die Beratung bezüglich individueller Bewerbungsunterlagen fakultätsübergreifend für viele Studierende interessant.

# Begründung

Der Großteil der Studierenden an sämtlichen Fakultäten der *Otto-Friedrich-Universität Bamberg* übt spätestens nach dem Studium eine berufliche Tätigkeit aus, für die das Durchlaufen eines Bewerbungsprozesses notwendig ist. Dabei verfügt nicht jede bzw. jeder Studierende über die erforderlichen Kenntnisse, um die dafür geforderten Unterlagen angemessen zu erstellen, jedoch ist es für viele auch eine zu große finanzielle und/oder zeitliche Belastung, private Trainingsangebote in Anspruch zu nehmen. Die Möglichkeit für Studierende, die nicht an der Fakultät WIAI studieren, mindestens den Beratungsservice für Bewerbungsunterlagen des *Career & International Centers* zu nutzen, wäre daher als ein großer Gewinn für das Gros der Studierendenschaft anzusehen. Bei großem Aufkommen kann zudem alternativ darüber nachgedacht werden, eine zentrale Beratungsstelle einzurichten, in der fachspezifische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezielter auf die individuellen Belange der Studierenden aller Fakultäten eingehen könnten.

# Verlauf

# Unterstützung TV-Stud

## Allgemeine Daten

- Beschlossen am: 16.12.2021
- Antragsteller: Hiwi-Ref, SDS
- Status: Abgeschlossen
- Versandt am: -
- Empfänger: -
- Verantwortlichkeit: StuPa

## Antrag

## Antragstext

Die Studierendenvertretung der Universität Bamberg unterstützt öffentlich die Forderung nach einem TV-Stud (Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte).

## Begründung

Als Studierendenvertretung ist es uns ein besonderes Anliegen, dass studentische Hilfskräfte existenzsichernde Löhne und faire Arbeitsbedingungen, darunter Urlaubsanspruch und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, erhalten. Dazu gehört auch die Abschaffung der bisher an Universitäten üblichen Kettenbefristungen.

Als positives Beispiel kann dabei der Streik zum TV-Stud in Berlin angeführt werden.

# Verlauf